



Flucht und Migration

Die Zusammensetzung der muslimischen Bevölkerung in Deutschland hängt mit verschiedenen Migrationsbewegungen zusammen. In ostdeutschen Bundesländern leben vergleichsweise wenig muslimische Religionsangehörige.

Die geographische Verteilung der Muslim*innen in Deutschland bildet **historische Entwicklungen** ab. Auch wenn sich Spuren muslimischen Lebens bereits seit vielen Jahrhunderten im deutschsprachigen Raum finden lassen (vgl. Matuschik / Chbib 2024), begann eine nennenswerte Zuwanderung nach Deutschland erst Mitte des 20. Jahrhunderts. Im Zuge der **Anwerbung** sogenannter „Gastarbeiter*innen“ migrierten in den 1960er und 1970er Jahren auch muslimische Religionsangehörige v.a. aus der Türkei, Jugoslawien und dem Maghreb in die Bundesrepublik. Auch in die DDR kamen muslimische Vertragsarbeitskräfte, Studierende und politische Geflüchtete, zum Beispiel aus Palästina, Syrien, Algerien oder Libyen. Diese Zuwanderung erfolgte jedoch in deutlich geringerem Umfang als in der BRD und die Möglichkeiten der dauerhaften Ansiedlung waren stärker eingeschränkt (vgl. Hakenberg / Klemm 2016; Haug et al. 2009).

In den 1990er Jahren flohen infolge der Jugoslawienkriege zahlreiche Menschen aus Südosteuropa nach Deutschland. Darunter befanden sich auch viele Muslim*innen, insbesondere Bosniak*innen und (Kosovo-)Albaner*innen. In jüngerer Vergangenheit ist die Zahl der Muslim*innen in Deutschland vor allem durch die humanitär bedingte Migration aus dem Nahen und Mittleren Osten angestiegen, zum Beispiel aus Ländern wie Syrien, dem Irak oder Afghanistan. In Deutschland lebten im Jahr 2020 ungefähr **5,5 Millionen Menschen** muslimischen Glaubens. Dies entspricht einem Anteil von rund 6,5 % an der Gesamtbevölkerung. Etwa die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft (vgl. Pfündel et al 2020).



Flucht und Migration

Flucht und Migration beschreiben unterschiedliche Phänomene, auch wenn eine klare Abgrenzung nicht immer möglich ist. Es gibt vielfältige Gründe, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen und in ein anderes Land zu fliehen.

Flucht meint gemeinhin, dass Menschen vor einer akuten, gefährlichen oder lebensbedrohlichen Situation fliehen, beispielsweise vor Gewalt, Krieg, religiöser und politischer Verfolgung, Naturkatastrophen oder Hungersnöten. Alltagssprachlich werden die meisten Menschen, die aus Not nach Deutschland kommen, als Geflüchtete bezeichnet.

Migration ist weiter gefasst und meint allgemein die Verlegung des Lebensmittelpunkts eines Menschen von einem Ort zu einem anderen – teils über Landesgrenzen hinweg. Insofern handelt es sich bei Fluchtbewegungen um eine **besondere Form der Migration**. Für Migration spielen meist wirtschaftliche, soziale und familiäre Gründe eine Rolle. Ein gutes Beispiel für internationale Migration ist die historische oder zeitgenössische Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland.

Mit dem **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** von 2019 und dessen Reform 2023 beabsichtigt die Politik, die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland zu fördern, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der in Bereichen wie dem Gesundheits- und Pflegewesen, der Informationstechnologie und dem Handwerk vorherrscht.

„Flüchtlinge“

Juristisch ist der Begriff eng gefasst. Im Asylrecht wird der Begriff „Flüchtling“ ausschließlich für jene Personen verwendet, die unter die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention fallen. Darüber hinaus gibt es in Deutschland weitere Schutzformen, die im Rahmen eines Asylverfahrens erteilt werden können.

Der Begriff „Flüchtling“ ist gesellschaftlich umstritten. Kritiker*innen betonen, dass die Endung -ling im Deutschen oft verniedlichend klingt oder negativ behaftet ist, zum Beispiel Feigling, Schützling, Schädling oder Eindringling. Daher wird heutzutage bevorzugt der Begriff „Geflüchtete“ verwendet. Zudem schafft es dieser Begriff, „Flüchtlinge“ nach der Genfer Flüchtlingskonvention ebenso einzubeziehen, wie Menschen mit anderen gesetzlichen Status, die geflohen sind. Der Begriff „Asylant“ ist eindeutig abwertend und abzulehnen.



Flucht und Migration

Migration ist nicht mit der Ankunft im Zielland abgeschlossen. Es handelt sich um langfristige Prozesse, die individuell sehr unterschiedlich verlaufen können und Themen wie Integration, Teilhabe und Identität betreffen.

Migration betrifft nicht nur die physische Ankunft im Zielland, sondern auch das längerfristige **Ankommen als psychosozialen Prozess**. Dieser Prozess ist oft langwierig und von Herausforderungen geprägt, die nicht sofort überwunden werden. Hierbei geht es nicht nur um das Erlernen einer neuen Sprache oder die Aufnahme von Arbeit, sondern auch um die Aushandlung einer neuen Identität, den Umgang mit Erwartungen und Frustrationen sowie politische und soziale Teilhabe.

Individuen durchlaufen verschiedene **Phasen des Ankommens**, die neben erster Euphorie und Begeisterung auch Zeiten der Frustration umfassen, in denen Gefühle von Unsicherheit, Stress und Isolation dominieren (vgl. Oberg 1960). Migrationserfahrungen sind vielschichtig und hängen neben individuellen Voraussetzungen (zum Beispiel Bildungshintergrund, sozioökonomischer Status, physische und psychische Gesundheit) auch maßgeblich von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab. Faktoren wie Rassismus, Diskriminierung, Arbeitsmarktbedingungen oder Integrationsmöglichkeiten haben erheblichen Einfluss darauf, wie Migrationsprozesse verlaufen.

Die allgemeine Tendenz zur Abwanderung aus Ostdeutschland dürfte für muslimische Religionsangehörige in besonderem Maße gelten.

Der Trend schreibt sich seit der deutschen Vereinigung fort: Seit 1991 sind – ohne Berücksichtigung von Berlin – netto knapp 1,2 Millionen Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern in die alten Bundesländer gezogen (vgl. Destatis 2023). Auch wenn es keine spezifischen Erhebungen gibt, lässt sich annehmen, dass dieser Trend für Muslim*innen in besonderem Maße gilt.

Bessere Arbeitsmarktchancen, höhere Löhne, vielfältigere Bildungs- und Karrieremöglichkeiten sowie ein breiteres soziokulturelles Angebot in westdeutschen Städten: Auch Muslim*innen dürften diese viel zitierten Faktoren tendenziell dazu motivieren, ihren Wohnort nach Westdeutschland zu verlegen. Weiterhin können für sie die bessere **Verfügbarkeit religiöser und kultureller Strukturen** in Westdeutschland eine besondere Rolle spielen. Eine bessere Verfügbarkeit von Moscheen mit mehr religiös ausgebildetem Personal, eine größere Akzeptanz durch die Bevölkerung etc. sind Momente, die die Religionsausübung in den alten Bundesländern im Vergleich zu den neuen Bundesländern stützen (vgl. Haug et al 2008).



Flucht und Migration

Moscheen und alevitische Cem-Häuser leisten einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung von Neuankommenden und deren Integration sowie Beheimatung vor Ort.

Moscheen spielen in Deutschland nicht nur für die religiöse Praxis von Muslim*innen eine bedeutende Rolle. Neben ihrer Funktion als Orte des Gebets und der spirituellen Besinnung leisten sie auf verschiedenste Art und Weise Beiträge für die soziale Integration und Unterstützung von muslimischen Geflüchteten und Migrant*innen. Dass muslimische Neuankommende in deutschen Moscheen ihre religiösen Bedürfnisse erfüllen können, kann bereits als Beitrag zur Integration verstanden werden: So bekommen sie das Gefühl in **Deutschland „zu Hause“** zu sein und haben die Möglichkeit, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Darüber hinaus leisten viele Moscheen und Cem-Häuser auch ganz **alltagspraktische Unterstützung** für Neuankommende. Oft sind es ehrenamtliche Gemeindemitglieder, die helfen, Anträge auszufüllen, zu Behörden begleiten, bei medizinischen Terminen übersetzen, in Alltagsfragen beraten oder bei der Wohnungsvermittlung unterstützen (vgl. Noack 2016). Häufig bieten Gemeinden neben Arabisch- bzw. Türkischunterricht auch Deutschkurse in ihren Räumlichkeiten an, teils in Kooperation mit externen Bildungseinrichtungen. In Merseburg in Sachsen-Anhalt hat ein islamisches Zentrum sogar vorübergehend unbegleitete minderjährige afghanische Asylbewerber*innen beherbergt – in enger Zusammenarbeit mit der Kommune (vgl. Gerlach 2017).

Moscheen und Cem-Häuser

In Deutschland haben Moscheen und Cem-Häuser sowohl eine religiöse als auch eine soziale Bedeutung:

Moscheen bieten Muslim*innen Raum für Gebet und religiöse Praxis. Sie fördern die sozialen Netzwerke der muslimischen Gemeinschaft, bieten Bildungsangebote und stärken den Zusammenhalt. Theologisch gesehen gibt es zwar einen Unterschied zwischen Moscheen und Gebetsstätten – erstere müssen Eigentum der Gemeinde sein und haben in der Regel einen fest angestellten Imam (d.h. Vorbeter) – doch spielt dies in der Praxis kaum eine Rolle.

Cem-Häuser dienen den Alevit*innen als religiöse und kulturelle Zentren. Sie bieten nicht nur Platz für das Gemeinschaftsgebet (türk. Cem, von arab. Jam', wörtl. Versammlung), sondern auch für soziale Aktivitäten und Austausch.

Beide Orte stärken die Identität und den sozialen Zusammenhalt ihrer jeweiligen Gemeinschaften in Deutschland.



Flucht und Migration

Zuwanderung bietet Kommunen Chancen, zum Beispiel um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dafür müssen sie für die Arbeitnehmer*innen attraktiv sein und auch deren religiöse Bedürfnisse in den Blick nehmen.

Der demographische Wandel macht es unumgänglich: **Deutschland braucht Fachkräfte** aus dem Ausland. Wichtige Infrastrukturbereiche wie die Pflege und Gesundheitsversorgung wären schon heute ohne Zuwanderung nicht mehr funktionsfähig. So stellen laut Statistik der Bundesärztekammer Syrer*innen beispielsweise die größte Gruppe **ausländischer Ärzt*innen**. Sollten etwa syrische Fachkräfte angesichts der geänderten Verhältnisse seit dem Sturz der Assad-Diktatur wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren, hätte dies **erhebliche Folgen** für das deutsche Gesundheitssystem (vgl. Müller 2024). Dass insbesondere Ostdeutschland unter einem starken Fachkräftemangel leidet, hat eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft jüngst bestätigt: Tausenden Unternehmen fehlt es an Fachkräften (Semsarha et al 2024). Vor allem im Bereich der Pflege stellen sich in Ostdeutschland gravierende Herausforderungen von überalterten Belegschaften. Trotzdem sind ausländische Pflegekräfte hier fast überall unterrepräsentiert (vgl. Carstensen et al 2024).

Fachkräftesicherung lässt sich in diesem Kontext nur verwirklichen, wenn Menschen mit Zuwanderungserfahrung das Gefühl bekommen, in der deutschen Gesellschaft willkommen zu sein (vgl. BBSR 2014; Ratzmann et al 2024). Mit Blick auf muslimische Fachkräfte gilt es beispielsweise zu überlegen, wie die täglichen Gebete in die Arbeitsabläufe integriert werden können und ob hierfür ein Raum zur Verfügung steht. Auch ein diskriminierungssensibles Arbeitsklima ist bedeutsam. Rassismuskritische Fortbildungen für alle Mitarbeitenden und eine kommunale Antidiskriminierungsstelle können zur Etablierung einer Antidiskriminierungskultur beitragen (vgl. Merx 2020).

Relevant ist für Fachkräfte allerdings nicht nur der Arbeitsplatz, sondern die Qualität des Wohnortes allgemein. Mit Blick auf die muslimische Bevölkerung können lokale Verwaltungen hierbei in vielfacher Hinsicht unterstützend tätig werden, um Religionsfreiheit zu gewährleisten, etwa bei der Suche und Einrichtung von Gebetsräumlichkeiten, bei der Schaffung eines islamischen Gräberfelds oder bei der Kooperation mit muslimischen Organisationen im Allgemeinen.



Flucht und Migration

Quellen

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.). Wie können Kommunen für qualifizierte Zuwanderer attraktiv werden? BBSR-Online-Publikation 10/2014, Bonn, November 2014. Online verfügbar: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2014/DL_ON102014_neu.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Carstensen, Jeanette/ Seibert, Holger/ Wietölter, Doris (2024). Internationalisierung der Pflege – Pflegekräfte mit ausländischer Staatsangehörigkeit und ihr Beitrag zur Fachkräftesicherung. (IAB-Forschungsbericht 22/2024), Nürnberg. Online verfügbar: DOI:10.48720/IAB.FB.2422

Gerlach, Julia (2017). Hilfsbereite Partner: Muslimische Gemeinden und ihr Engagement für Geflüchtete. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LW_Broschuere_Hilfsbereite_Partner_2017.pdf

Hakenberg, Marie und Klemm, Verena (2016). Muslime in Sachsen. In Marie Hakenberg und Verena Klemm (Hrsg.) (2016): Muslime in Sachsen: Geschichten, Fakten, Lebenswelten. Leipzig: Edition Leipzig, S. 13-24. Online verfügbar: <https://www.slpb.de/buecher/kostenlose-ebooks/>

Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja (2009). Muslimisches Leben in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. Online verfügbar: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/68146/ssoar-2009-haug_et_al-Muslimisches_Leben_in_Deutschland_im.pdf?sequence=1&lnkname=ssoar-2009-haug_et_al-Muslimisches_Leben_in_Deutschland_im.pdf

Matuschik, Julius / Chbib, Raida (2024). Moin und Salam. Muslimisches Leben in Deutschland. Kerber Verlag, Bielefeld/Berlin 2024.

Merx, Andreas (2020). IQ Fachstelle Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung. Diskriminierung entgegenwirken 2020. Online verfügbar: https://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Fachstelle_IKA/Publikationen/FS_IKA_Kommunenportal_Kommunale_Antidiskriminierungspolitik.pdf

Müller, Martin (2024). Krankenhausgesellschaft warnt vor Folgen bei massenhafter Rückkehr nach Syrien. In Spiegel 09.12.2024. Online verfügbar: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/syrien-syrische-aerzte-koenntend-deutschland-verlassen-medizinische-versorgung-in-gefahr-a-64eec80f-d25d-4430-8b9a-6f6c8175503a>

Noack, Ulrich (2016). „Moscheen und Moscheevereine“. In: Marie Hakenberg und Verena Klemm (Hrsg.) (2016): Muslime in Sachsen: Geschichten, Fakten, Lebenswelten. Leipzig: Edition Leipzig, S. 75-81. Online verfügbar: <https://www.slpb.de/buecher/kostenlose-ebooks/>

Oberg, Kalervo (1960). Cultural Shock: Adjustment to New Cultural Environments. In: Practical Anthropology, 7/4 1960, S. 177–182. Reprint in: Curare, 29/2+3 2006, S. 142–146.

Pfündel, Katrin/ Stichs, Anja / Tanis, Kerstin. Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021). Online verfügbar: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb38-muslimisches-leben.html?nn=734582>

Ratzmann, Nora / Zeković, Denis / Blunert, Janin / Kokonowsky, Larissa / Nowicka, Magdalena (2024). Chancen statt „Krise“: Resiliente Kommunen im Kontext von Migration, Integration und Teilhabe. Abschlussbericht. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V. Online verfügbar: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2024-09/DeZIM_Forschungsbericht_Resiliente%20Kommunen%2009.2024.pdf

Semsarha, Fabian / Pierenkemper, Sarah / Malin, Lydia (2024). Fachkräftemangel: Ausländer halten die Wirtschaft in Ostdeutschland am Laufen, Pressemitteilung 2. August 2024. Online verfügbar: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/fabian-semsarha-sarah-pierenkemper-lydia-malin-auslaender-halten-die-wirtschaft-in-ostdeutschland-am-laufen.html>

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023). Abwanderung junger Menschen aus ostdeutschen Bundesländern hält an. Pressemitteilung Nr. N047 vom 1. Oktober 2024. Online verfügbar: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/10/PD24_N047_12.html

Autor*innen: Amal El Abd, Milena Marcia Açil, Ramzi Ghandour
Lektorat: Corinna Smars
Wissenschaftliche Begleitung: Maximilian Ellebrecht
Gestaltung: Meike Rath | meira.de

Sie haben Fragen oder Beratungsbedarf zu diesem und weiteren Themen des muslimischen Lebens? Schreiben Sie uns eine E-Mail an:
kontakt@kommuneundmuslimischesleben.de

Das vorliegende Themenpapier wurde vom Beratungsdienst „Kommune und muslimisches Leben“ erstellt. Das Projekt „Kommune und muslimisches Leben – Qualifizierung, Austausch und Beratung“ wird vom Bundesministerium des Innern im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz gefördert. Koordiniert und umgesetzt wird das Projekt von den Projektträgern Haus der Sozialen Vielfalt gGmbH und der Syspons GmbH im Zeitraum Juni 2024 bis Juni 2026.

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

Im Rahmen von:



Deutsche
Islam
Konferenz